

Stärkung der Rohstoffgovernance

Projektkurzbeschreibung

Bezeichnung: Beratung der burundischen Regierung zur Ausgestaltung des extraktiven Sektors

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Land: Burundi

Politischer Träger: Ministère de l'Énergie et des Mines (MEM)

Gesamtlaufzeit: 2013 bis 2015

Ausgangssituation

Burundi verfügt über extraktive Rohstoffvorkommen wie Gold, Nickel, Wolfram und Kassiterit, die bisher noch nicht industriell abgebaut werden. Die burundische Regierung bezeichnet den Bergbau in ihrer neuen Armutsminderungsstrategie jedoch als wichtige Säule zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Das Land hat jedoch keine Erfahrungen im industriellen Bergbau und der Rohstoffsektor ist bisher unzureichend reguliert. Aufgrund fehlender Kompetenzen und Ressourcen ist der Staat zurzeit nicht in der Lage, den Bergbausektor nach den Prinzipien guter Regierungsführung zu regulieren. So besteht die Gefahr, dass das Entwicklungspotenzial dieses Industriesektors nicht ausreichend genutzt werden kann.

Das Programm stärkt fachliche Kompetenzen und strategische Managementstrukturen des burundischen Bergbauministeriums für eine effiziente und transparente Aufsicht des Rohstoffsektors in Kooperation mit anderen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

Ziel

Der burundische Bergbausektor ist nach den Prinzipien guter Regierungsführung reguliert.

Vorgehensweise

Das Programm hat zwei Schwerpunkte: Unterstützung des burundischen Bergbauministeriums bei der sozioökonomischen Bewertung von Lagerstätten sowie Beratung zur Transparenz im Rohstoffsektor.

In Trainingsmaßnahmen werden Fachkräfte im Bergbauministerium qualifiziert, bestehende Lagerstätten aufgrund geologischer Angaben wirtschaftlich bewerten zu können. Die Beratung zur Erstellung eines Investitionshandbuchs, zum Beispiel als Online-Plattform, soll dazu beitragen, dass Chancen und Risiken des Sektors beleuchtet werden.

Für eine transparente Regulierung des Sektors unterstützt das Vorhaben das Bergbauministerium bei der Formulierung einer Rohstoffpolitik und -strategie. Neben volkswirtschaftlichen Aspekten und öffentlichen Finanzen soll beides auch auf soziale Themen Bezug nehmen. Um die Einbindung von Zivilgesellschaft und Privatsektor in diesen Prozess zu gewährleisten, wird die systemische Beratung mit Netzwerkentwicklung verknüpft:

Das Vorhaben unterstützt Burundi bei der Erreichung des Kandidatenstatus für die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Zusammen mit der Beratung zur Rohstoffpolitik und -strategie soll so erreicht werden, dass die burundische Regierung ihr Handeln im Rohstoffsektor an Prinzipien guter Regierungsführung orientiert.



Das Programm ist Teil eines gemeinsamen Vorhabens mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Es ist gekoppelt an die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRI) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Im Mittelpunkt der Initiative steht die Nutzung und Kombination der spezifischen Kompetenzen von BGR und GIZ, um neue Instrumente und Ansätze zur verstärkten Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Rohstoffsektor zu entwickeln.